

458766-2026 - Wettbewerb

**Deutschland – Kraftfahrzeuge für die Beförderung von zehn oder mehr Personen –
Innovationspartnerschaft Entwicklung und Lieferung von Fahrzeugen mit autonomer
Fahrfunktion für den ÖPNV im Rhein-Erft-Kreis**

OJ S 126/2026 03/07/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Lieferleistungen - Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: REVG Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH

E-Mail: schuster@revg.de

Tätigkeit des Auftraggebers: Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Innovationspartnerschaft Entwicklung und Lieferung von Fahrzeugen mit autonomer Fahrfunktion für den ÖPNV im Rhein-Erft-Kreis

Beschreibung: Gegenstand der Innovationspartnerschaft nach § 18 SektVO ist die Entwicklung, Erprobung und spätere Lieferung von Fahrzeugen mit autonomer Fahrfunktion für den Einsatz im ÖPNV bei der REVG (Auftraggeberin). Unter Fahrzeugen mit autonomer Fahrfunktion werden dabei zu jedem Zeitpunkt Fahrzeuge mit autonomer Fahrfunktion gemäß § 1d StVG verstanden, die funktional dem Level 4 Automatisierungsgrad nach SAE J3016 entsprechen. Die Fahrzeuge mit autonomer Fahrfunktion sind derzeit nicht in marktreifer Form mit einer entsprechenden Betriebserlaubnis gemäß § 1e StVG verfügbar und erfordern daher eine Forschungs- und Entwicklungsleistung. Ziel ist es, im Rahmen einer Innovationspartnerschaft eine im ÖPNV der REVG einsetzbare Lösung zu entwickeln und nach erfolgreichem Abschluss der Entwicklungsphase die Fahrzeuge nebst noch erforderlicher Betriebsleistungen zu beschaffen. Die technische Begleitung des Betriebes muss für alle Phasen der Innovationspartnerschaft und darüber hinaus durch den Auftragnehmer gewährleistet sein. In der Forschungs- und Entwicklungsphase soll iterativ ein Fahrzeugsystem entlang von Zwischenzielen entwickelt und erprobt werden. Dazu sollen 10 Fahrzeuge mit autonomer Fahrfunktion eingesetzt werden. Bei erfolgreicher Erreichung der festgelegten Meilensteine der Forschungs- und Entwicklungsphase (vgl. nachfolgend die tabellarische Auflistung der Meilensteine unter Ziff. 5 der funktionalen Leistungsbeschreibung) sollen in der darauffolgenden Leistungsphase bis zu 100 Fahrzeuge mit autonomer Fahrfunktion unter Einhaltung des vereinbarten Leistungsniveaus und der Kostenobergrenze erworben werden.

Kennung des Verfahrens: ede9f148-59f0-41c8-8aa1-1216c71d713d

Interne Kennung: E99133196

Verfahrensart: Innovationspartnerschaften

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 34120000 Kraftfahrzeuge für die Beförderung von zehn oder mehr Personen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 34144900 Elektrofahrzeuge

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Röntgenstraße 9

Stadt: Kerpen

Postleitzahl: 50169

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Erft-Kreis (DEA27)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1. Die Vergabeunterlagen für den Teilnahmewettbewerb werden den Bietern auf der Vergabeplattform <https://www.subreport.de/E99133196> barrierefrei zur Verfügung gestellt. Ausgenommen ist sind der Entwurf der funktionalen Leistungsbeschreibung und der Entwurf des Lastenheftes; für deren Anforderung ist die vorherige Abgabe einer Vertraulichkeitsvereinbarung erforderlich, welche über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform einzureichen ist. Die betreffenden Unterlagen enthalten urheberrechtlich geschützte Inhalte des eingeschalteten technischen Dienstleisters; sie werden nur an Unternehmen herausgegeben, welche a) die Vertraulichkeitsvereinbarung abgeben und kurz plausibel darlegen, dass sie ernsthaft als Bieterin im vorliegenden Verfahren in Betracht kommen. 2. Die Teilnahmeanträge sind elektronisch abzugeben, indem sie auf die eVergabe-Plattform hochgeladen werden. Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur ist dafür nicht erforderlich. 3. Soweit die Auftraggeberin Formblätter vorgegeben hat, sind diese zu verwenden. Diese sind an den dafür vorgesehenen Stellen vollständig auszufüllen und in Druckbuchstaben mit dem Namen der erklärenden Person zu versehen (Textform i. S. d. § 126b BGB). Hiervon ausgenommen ist das Formblatt E-5 (Verpflichtungserklärung Drittunternehmen). Diesen Nachweis kann der Bewerber auch in anderer Form erbringen. 4. Hinweise zu den Vergabeunterlagen (z. B. bei Unklarheiten oder Problemen mit den elektronischen Dokumenten) sowie Fragen sind ausschließlich über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform zu stellen. Mündlich /telefonisch gestellte Fragen werden nicht beantwortet; mündliche/telefonische Auskünfte bzw. Antworten wären, sollten sie doch erteilt werden, nicht verbindlich. Die Vergabestelle behält sich vor, Fragen, die später als 8 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist gestellt werden, nicht zu beantworten. 5. Im Falle des Vorliegens einer Bewerbungsgemeinschaft sind das Formblatt E10 und weiter für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft die Formblätter E1, E2, E3 sowie ein aktueller Handelsregisterauszug (nicht älter als 3 Monate) einzureichen. 6. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen; die Vergabestelle behält sich in diesem Fall vor, die Nachreichung einer Beglaubigung der Übersetzung zu verlangen. 7. Die Auftraggeberin wird alle Bewerber, welche die Anforderungen an die Eignung erfüllen, zur Abgabe eines Erstangebots auffordern. 8. Die ersten Angebote werden als indikative = nicht zuschlagsfähige Angebote angefordert. Sodann wird die Auftraggeberin mit den Bietern in Verhandlungen mit dem Ziel einer Optimierung der Angebote eintreten. 9. Im Anschluss an die Verhandlungen (geplant sind aktuell 2 Verhandlungsrunden) erhalten die Bieter dann die Aufforderung zur Einreichung eines letztverbindlichen Angebots.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

sektvo -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Es sind Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (Formblatt E-1), zum Nichtvorliegen von sonstigen Ausschlussgründen (Formblatt E-2) sowie zu den RUS-Sanktionen der EU (Formblatt E-3) einzureichen. Bei Bewerbergemeinschaften sind diese Erklärungen von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Innovationspartnerschaft Entwicklung und Lieferung von Fahrzeugen mit autonomer Fahrfunktion für den ÖPNV im Rhein-Erft-Kreis

Beschreibung: Gegenstand der Innovationspartnerschaft nach § 18 SektVO ist die Entwicklung, Erprobung und spätere Lieferung von Fahrzeugen mit autonomer Fahrfunktion für den Einsatz im ÖPNV bei der REVG (Auftraggeberin). Unter Fahrzeugen mit autonomer Fahrfunktion werden dabei zu jedem Zeitpunkt Fahrzeuge mit autonomer Fahrfunktion gemäß § 1d StVG verstanden, die funktional dem Level 4 Automatisierungsgrad nach SAE J3016 entsprechen. Die Fahrzeuge mit autonomer Fahrfunktion sind derzeit nicht in marktreifer Form mit einer entsprechenden Betriebserlaubnis gemäß § 1e StVG verfügbar und erfordern daher eine Forschungs- und Entwicklungsleistung. Ziel ist es, im Rahmen einer Innovationspartnerschaft eine im ÖPNV der REVG einsetzbare Lösung zu entwickeln und nach erfolgreichem Abschluss der Entwicklungsphase die Fahrzeuge nebst noch erforderlicher Betriebsleistungen zu beschaffen. Die technische Begleitung des Betriebes muss für alle Phasen der Innovationspartnerschaft und darüber hinaus durch den Auftragnehmer gewährleistet sein. In der Forschungs- und Entwicklungsphase soll iterativ ein Fahrzeugsystem entlang von Zwischenzielen entwickelt und erprobt werden. Dazu sollen 10 Fahrzeuge mit autonomer Fahrfunktion eingesetzt werden. Bei erfolgreicher Erreichung der festgelegten Meilensteine der Forschungs- und Entwicklungsphase (vgl. nachfolgend die tabellarische Auflistung der Meilensteine unter Ziff. 5 der funktionalen Leistungsbeschreibung) sollen in der darauffolgenden Leistungsphase bis zu 100 Fahrzeuge mit autonomer Fahrfunktion unter Einhaltung des vereinbarten Leistungsniveaus und der Kostenobergrenze erworben werden.

Interne Kennung: LOT-0001 E99133196

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 34120000 Kraftfahrzeuge für die Beförderung von zehn oder mehr Personen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 34144900 Elektrofahrzeuge

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Röntgenstraße 9

Stadt: Kerpen

Postleitzahl: 50169

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Erft-Kreis (DEA27)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Die vorliegende Beschaffung steht aufgrund von der Auftraggeberin nicht allein beeinflussbarer Umstände in folgender Hinsicht unter

Aufhebungsvorbehalten: a) Fördermittel Zur Umsetzung des Projekts ist die Auftraggeberin zwingend auf die Gewährung öffentlicher Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen angewiesen. Diese sind in Aussicht gestellt; ein Förderbescheid wurde indes bisher noch nicht

erlassen, wird aber bis zur Auftragserteilung gesichert. Wenn nicht vor Zuschlag eine Förderung erfolgt, die die Kosten des Projekts nahezu vollständig abdeckt, behält sich der AG

vor, das Verfahren aufzuheben und keinen Zuschlag zu erteilen. b) Kreistagsbeschluss Zur Sicherung der benötigten Eigenmittel ist ein Beschluss des Aufgabenträgers (Rhein-Erft-Kreis) durch Kreistagsbeschluss mit entsprechender Kostenübernahmeregelung erforderlich. Es wird

zwar davon ausgegangen, dass dieser Beschluss bis zur Auftragserteilung erfolgt, vorsorglich muss aber für den Fall, dass dieser Beschluss nicht ergeht, die Aufhebung der Ausschreibung vorbehalten bleiben. c) Kosten Eine Auftragserteilung wird nur dann erfolgen können, wenn

die Wirtschaftlichkeit eines autonomen Fahrbetriebs gegenüber einem vergleichbaren nicht autonomen Fahrbetrieb dargestellt werden kann. Vom Bieter ist ein Konzept zur

Wirtschaftlichkeitsentwicklung in Abhängigkeit der Fahrzeuganzahl vorzulegen, welches eine Kalkulation auf Basis eines vorgegebenen Formblatts umfasst. Aus dem Konzept soll

hervorgehen, wie mit wachsender Stückzahl eine sinkende Kostenstruktur erreicht wird und welche Kostenhebel zur Erreichung der Wirtschaftlichkeit beitragen. Skaleneffekte müssen

spätestens zum Ende der Leistungsphase erkennbar sein. Stellt sich heraus, dass der laufende Aufwand des autonomen Betriebs dauerhaft über den eines vergleichbaren

konventionellen Betriebs liegen, bleibt vorsorglich die Aufhebung der Ausschreibung vorbehalten. d) Auflösung der Aufhebungsvorbehalte Die Auftraggeberin wird sich bemühen,

die Fragestellungen zu den vorgenannten Aufhebungsvorbehalten möglichst frühzeitig zu klären. Insbesondere zu den vorgenannten Punkten unter lit. a) und c) wird allerdings

voraussichtlich eine Klärung erst nach Vorlage der finalen Angebote aber vor Auftragserteilung erfolgen können.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Innovative Beschaffung

Beschreibung: Ziel der Beschaffung ist die Entwicklung und Einführung von autonomen Fahrzeugen im ÖPNV des Rhein-Erft-Kreises

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz

Innovationsfördernde Auftragsvergabe: Die erbrachten Bauleistungen, Dienstleistungen oder gelieferten Güter sind im Vergleich zu anderen bereits auf dem Markt verfügbaren Bauleistungen, Dienstleistungen oder Gütern neuartig.

Die Auftragsvergabe fällt in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge — CVD))

Die Rechtsgrundlage für CVD, um den anzuwendenden Typ von Vergabeverfahren festzulegen: Kauf, Leasing oder Miete von Fahrzeugen

5.1.8. Zugänglichkeitskriterien

Zugänglichkeitskriterien für Menschen mit Behinderungen wurden berücksichtigt

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erforderlich ist eine Eigenerklärung zum Gesamtumsatz in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, Formblatt E-4. Im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft ist es ausreichend, wenn mindestens ein Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft die geforderten Erklärungen und Nachweise erbringt bzw. die Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft die Anforderungen gemeinsam erfüllen. Beruft sich ein Bewerber hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf Erklärungen /Nachweise eines Drittunternehmens (Eignungsleihe), muss der Bewerber zusätzlich einen Verfügbarkeitsnachweis des Drittunternehmens (z.B. auf Formblatt E-5) beifügen. In diesem Fall wird eine gemeinsame Haftung des Bewerbers und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe verlangt.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Bonitätsauskunft der Creditreform oder eines vergleichbaren Instituts, nicht älter als 3 Monate (Stichtag: Schluss der Teilnahmefrist)

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag ist über eine Eigenerklärung (Formblatt E-6) nachzuweisen, dass der Bewerber oder ein Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft mindestens einmal erfolgreich ein Genehmigungsverfahren beim Kraftfahrt-Bundesamt oder vergleichbarer Instanz eines anderen Staates durchlaufen hat, in welchem eine Erprobungsgenehmigung gemäß § 1i StVG in Verbindung mit § 16 AFGBV, eine Betriebserlaubnis gemäß § 1e StVG in Verbindung mit § 4 Absatz 1 AFGBV durch das Kraftfahrt-Bundesamt oder eine hinsichtlich der Anforderungen vergleichbare Genehmigung einer zuständigen Behörde eines anderen Staates erteilt wurde. Bei ausländischen Genehmigungen ist anhand geeigneter Unterlagen die Gleichwertigkeit der entsprechenden Genehmigung darzulegen. Die Genehmigung muss gültig sein und darf sich nicht erst in Beantragung oder in einem Widerruf befinden. Die Fahrzeuge mit Erprobungsgenehmigung oder Betriebserlaubnis müssen bereits erfolgreich im öffentlichen Straßenraum in Deutschland bzw. bei Genehmigung eines anderen Staates in dem betreffenden Land in Betrieb genommen worden sein. Der Auftraggeber behält sich vor, eine Kopie der Erprobungsgenehmigung oder der Betriebserlaubnis bzw. der entsprechenden ausländischen Genehmigung/Erlaubnis nachzufordern.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Es sind Referenzen zu vergleichbaren Projekten auf Formblatt E-7 anzugeben. Insoweit gilt folgende Mindestanforderung: Mindestens 1 Referenzprojekt über die Implementierung autonomer Fahrangebote im öffentlichen Verkehrsraum ist nachzuweisen. Als Nachweis ist neben dem Formblatt die

Erprobungsgenehmigung (§1i StVG) des KBA, eine EU-Typgenehmigung gemäß (EU) 2022 /1426, eine Betriebserlaubnis des KBA (§1e StVG) oder eine entsprechende Ausnahmegenehmigung der zuständigen Behörde des jeweiligen Staates vorzulegen.

Kriterium: Werkzeuge, Anlagen oder technische Ausrüstung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung über die Verfügbarkeit ausreichender, skalierbarer Produktionskapazitäten zur Serienfertigung autonomer Fahrzeuge unter Einhaltung von Qualitäts-, Sicherheits- und Zeitvorgaben, Formblatt E-8. Die Angaben sollten plausibilisiert werden, etwa durch eine oder mehrere der folgenden Unterlagen: a) Kapazitätspläne, die Angaben zu (ggf. künftig) verfügbaren Maschinen, Schichtmodellen sowie dem Output pro Woche oder Monat enthalten, b) Produktionskennzahlen, insbesondere zu erreichten Stückzahlen und der aktuellen bzw. zukünftig angestrebten Anlagenauslastung, c) Investitionspläne für geplante oder bereits eingeleitete Kapazitätserweiterungen; d) Eine Liste vorhandener oder geplanter Produktionsanlagen und -standorte, e) Nachweise über zusätzliche Produktionsstandorte oder bestehende Partnerfertigung zur Kapazitätserweiterung.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung zur Haftpflichtversicherung, Formblatt E-9. Mindestanforderung: Absicherung gegen Personen- und Sachschäden mindestens 7,5 Mio. Euro.

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Im Falle des Vorliegens einer Bewerbergemeinschaft ist eine Bewerbergemeinschaftserklärung (Formblatt E-10) einzureichen sowie für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft die Formblätter E1, E2, E3 sowie ein aktueller Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) einzureichen. Im Falle einer Eignungsleihe ist ein Verfügbarkeitsnachweis (z.B. auf Formblatt E-5) einzureichen; ferner sind auch für das eignungsleihende Unternehmen die Formblätter E1, E2 und E3 einzureichen.

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erforderlich ist die Vorlage eines aktuellen Handelsregistrauszuges, soweit die Eintragung nach den gesetzlichen Vorschriften des Landes, aus dem der Bewerber stammt, vorgesehen ist. Der Auszug darf nicht älter als 3 Monate sein; Stichtag ist das Datum der Teilnahmefrist. Bewerber aus anderen Ländern haben vergleichbare Unterlagen der für sie zuständigen Institutionen vorzulegen. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft oder im Falle der Eignungsleihe ist ein aktueller Handelsregistrauszug bzw. das Äquivalent im Land des betreffenden Unternehmens auch von sämtlichen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft bzw. dem eignungsleihenden Unternehmen abzugeben.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Zugang zu bestimmten Auftragsunterlagen ist beschränkt

Begründung für die Beschränkung des Zugangs zu bestimmten Auftragsunterlagen: Aspekte des Schutzes der Rechte des geistigen Eigentums

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 23/07/2026 14:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen über zugangsbeschränkte Dokumente einsehbar unter: <https://www.subreport.de/E99133196>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E99133196>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 31/07/2026 14:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Auftraggeberin kann gem. § 51 Abs. 2 SektVO fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Erklärungen und Nachweise mit angemessener Frist nachfordern. Anspruch auf eine solche Nachforderung besteht seitens der Bewerber nicht. Die Auftraggeberin behält sich insbesondere vor, keine Nachforderung vorzunehmen, wenn genügend vollständige und wertbare Teilnahmeanträge vorliegen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Diese Anforderungen werden in der Leistungsbeschreibung und dem Lastenheft definiert.

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: ja

Zusätzliche Angaben zur Geheimhaltungsvereinbarung: Zum Abruf des Entwurfs des Lastenheftes und der funktionalen Leistungsbeschreibung ist die vorherige Abgabe einer auf der Vergabepattform hinterlegten Vertraulichkeitsvereinbarung erforderlich, vgl.

Bewerberanschriften.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

Finanzielle Vereinbarung: Zahlungsbedingungen werden im Vertrag festgelegt, der mit der Aufforderung zur Abgabe indikativer Angebote im Entwurf den ausgewählten Bietern bereit gestellt werden wird. Der Vertrag wird anhand definierter Meilensteine einen dem jeweiligen Leistungsstand angemessenen Zahlungsplan vorsehen.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Bezirksregierung Westfalen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheiten der Bieter sowie die Präklusionsregelungen gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 4 GWB bzgl. der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über das Vergabeverfahren hin. Die Einhaltung der Rügeobliegenheit ist Zulässigkeitsvoraussetzung für

die Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens (§ 160 Absatz 3 Satz 1 GWB). Durch die Rüge soll dem öffentlichen Auftraggeber die Gelegenheit gegeben werden, die Rechtmäßigkeit seines Vergabeverfahrens überprüfen und etwaige Vergabefehler beheben zu können. Soweit der Bieter Verstöße gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkennt, hat er sie innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber zu rügen. Sind Vergabeverstöße aufgrund der Bekanntmachung erkennbar, sind diese bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung zu rügen. Erkennbare Verstöße in den Vergabeunterlagen müssen spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist gerügt werden. Teilt der öffentliche Auftraggeber dem Bieter mit, dass seiner Rüge nicht abgeholfen wird, muss der Nachprüfungsantrag innerhalb von 15 Kalendertagen ab Eingang der Mitteilung über die Nichtabhilfe beim Bieter bei der zuständigen Vergabekammer eingereicht werden.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: REVG Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: REVG Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: REVG Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH

Organisation, die Angebote bearbeitet: REVG Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: REVG Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00009917

Postanschrift: Röntgenstr. 9

Stadt: Kerpen

Postleitzahl: 50169

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Erft-Kreis (DEA27)

Land: Deutschland

E-Mail: schuster@revg.de

Telefon: +49 2237 6969-170

Internetadresse: <https://www.revg.de>

Profil des Erwerbers: www.revg.de

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei der Bezirksregierung Westfalen

Registrierungsnummer: 05515-03004-07

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48147

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@brms.nrw.de

Telefon: +49 251 4111691

Fax: +49 251 411-2165

Internetadresse: <https://www.bezreg-muenster.de/themen/wirtschaft-kultur-und-kommunales/vergabekammer-westfalen>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 34bee7de-486c-4904-9e98-bd2a01352cfb - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 17

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 01/07/2026 15:18:14 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 458766-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 126/2026

Datum der Veröffentlichung: 03/07/2026